

Vergleicht man die offiziellen Äußerungen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit den entsprechenden Realitäten, so stellt man zweierlei fest: Zum einen wird volle Übereinstimmung behauptet, wo in Wirklichkeit zugleich auch tiefgreifende Divergenzen bestehen (vgl. hier etwa die Analyse zur Budgetpolitik beider Länder und ihrer Haltung gegenüber dem Stabilitätspakt von Daniela Schwarzer), auf der anderen Seite können offen ausgetragene Kontroversen Gemeinsamkeiten überdecken, die viel grundlegender sind als die öffentlich verhandelten Streitpunkte. Henrik Uterweddes Analyse zur Industriepolitik mag zur Illustration beider Möglichkeiten dienen:

Nachdem Gerhard Schröder sich der französischen These von der Notwendigkeit europäischer Unternehmens-„Champions“ angeschlossen hatte und damit erstmals eine deutsch-französische Übereinstimmung in der Industriepolitik zu bestehen schien, musste er feststellen, dass Paris mit europäischen „Champions“ nur solche unter französischer Flagge meinte. So geschehen etwa im Fall der von Wirtschafts- und Finanzminister Nicolas Sarkozy betriebenen Aventis-Sanofi-Synthelabo-Fusion oder bei der brüskten Ablehnung von Siemens als Partner des schwer angeschlagenen Alstom-Konzerns. Schröder musste erkennen, dass die französische Regierung die Bildung oder Stärkung dieser „Champions“ ohne jede Rücksicht auf deutsche Sensibilitäten zu betreiben gewillt war, trotz Jacques Chiracs ausdrücklicher Zusicherung, die Politik werde sich in derartige un-

ternehmenspolitische Fragen nicht einmischen. Stil und Inhalt der Pariser Aktionen riefen in Berlin berechtigten und besonders von Wolfgang Clement deutlich artikulierten Ärger hervor und ließ es den Regierungen offenbar nicht angeraten erscheinen, den zunächst für Juni, dann für September angekündigten industriepolitischen Gipfel tatsächlich stattfinden zu lassen.

Dabei ist die an Colbert gemahnende und von Schröder als nationalistisch gebrandmarkte Rhetorik Sarkozys, wie Uterwedde nachweist, weder charakteristisch für die aktuelle französische Wirtschaftspolitik, noch für die wirtschaftlichen Hauptakteure des Hexagons. Die in diesem Jahr so heftig aufgebrochene deutsch-französische Kontroverse hat also zwar die industriepolitische Übereinstimmung hinsichtlich europäischer „Champions“ als trügerischen Schein entlarvt, aber sie selbst entspricht auch nur dem äußeren Anschein nach den wirtschaftspolitischen Realitäten. Denn erstens verfolgt nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland in Einzelfällen eine nationale Interessenpolitik in der Wirtschaft. Erinnerung sei hier nur an Schröders vergeblichen Versuch, die Postbank der Deutschen Bank anzudienen, oder daran, dass die Quote ausländischer Anteilseigner an deutschen Firmen nicht zufällig bloß etwa halb so hoch ist wie in Frankreich. Zweitens konzentrieren sich die Anstrengungen der Wirtschaftspolitik auch in Frankreich schon lange nicht mehr auf eine Industriepolitik à la française, also „aus der Mottenkiste“, sondern darauf, geeignete Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa herzustellen. Das vor allem von Nicolas Sarkozy betriebene nationale Flügelschlagen hat zwar seine Popularität bei seinen Landsleuten befördert, aber zugleich ein falsches Bild von der Wirtschaftspolitik Frankreichs geprägt und damit dem Ansehen dieser Politik ebenso wie dem Vertrauen in die deutsch-französische Zusammenarbeit geschadet.

JOHANNES THOMAS